

Durch : zur sozialen Demokratie

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **8 (1928-1929)**

Heft 8

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-329973>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Durch – zur sozialen Demokratie.

Von Ernst Nobs.

In der Januarnummer (1929) der «Roten Revue» habe ich eine Aufzählung antidemokratischer Tendenzen in der schweizerischen Politik gegeben und zum Schlusse kurz die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zum Problem Demokratie und Diktatur gestreift. Mit der Enumeration einer ganzen Reihe antidemokratischer Bestrebungen aus unserer schweizerischen Gegenwart beabsichtigte ich keineswegs, die Bedeutung dieser Tendenzen zu übertreiben. Ich verwies ausdrücklich darauf, daß *Einwirkungen* zum Beispiel des französischen Royalismus nur sehr sporadisch aufgetreten seien und daß der Faschismus bis heute in der Schweiz kaum über die italienischen Kolonien hinaus sich bemerkbar gemacht habe. Ein Mitarbeiter des Berner «Bund» leistete sich darauf das billige Vergnügen, meinen Januar-Artikel zu entstellen und zu verdrehen, um mir den Vorwurf zu machen, ich hätte ein Zerrbild der heutigen politischen Wirklichkeit unseres Landes gegeben. Darum möchte ich es heute nochmals wiederholen, daß mir bei der Vorbereitung und Niederschrift jener Arbeit kein anderes Ziel vorschwebte, als einen *Ueberblick* über die in der Schweiz sich dauernd oder vorübergehend geltend machenden *antidemokratischen* Strömungen zu geben. Es lag mir ferne, die ganze Einseitigkeit des Themas zum Ausgangspunkt einer These zu machen wie etwa der: In der schweizerischen Politik machen sich zurzeit lauter antidemokratische Kräfte geltend! Im Gegenteil! Glücklicherweise waren die demokratischen Kräfte bis anhin durchaus stark genug im schweizerischen Volksbewußtsein verwurzelt, daß sie gegenüber den meisten antidemokratischen Regungen und namentlich gegenüber der stärksten Bewegung dieser Art, der Lex Häberlin, durchaus Oberhand behalten haben.

Ich möchte aber heute zeigen, daß weit über Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung hinaus demokratische Kräfte und Erkenntnisse lebendig sind, — Kräfte und Erkenntnisse, die schon von der Einsicht ausgehen, daß der *hochentwickelte Kapitalismus der Erzfeind aller Demokratie ist*, und daß aller künftige Kampf um die Vollendung der Demokratie einzig das Ziel der *sozialen Demokratie* vor Augen haben und darum gezwungenermaßen sich gegen den Hochkapitalismus und seine Hilfstruppen richten muß. Ich will mich dabei gar nicht von jenen rein wirtschaftlichen Bewegungen von zunehmender Bedeutung aufhalten wie dem Genossenschaftswesen und den öffentlich-gemeinwirtschaftlichen Betrieben aller Art. Ich will mich auch nicht eingehend befassen

mit jenem Komplex von Wirtschaftszielen, die mit Schlagworten umschrieben sind wie «Wirtschaftsdemokratie», «Wirtschaftsparlament» und dergleichen, die heute bereits in unserer bürgerlichen Angestelltenbewegung begeisterte Anhänger finden. Wohl aber möchte ich mich mit einer Anzahl vorwiegend politischer Manifestationen befassen, die zwar nicht von sozialdemokratischer Seite ausgehen, aber gerade deshalb bemerkenswert sind, weil sie, aus bürgerlichem Lager kommend, eine Wertung des Kapitalismus bekunden, die sich nur wenig oder in nichts von der sozialdemokratischen Auffassung unterscheiden.

Im Schoße der Neuen Helvetischen Gesellschaft hat Dr. *Werner Ammann* einen beachtenswerten und von reaktionärer Seite stark angefeindeten Vortrag gehalten über «Demokratie und soziale Entwicklung». In diesem Vortrag hat er die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der formalen, der politischen Demokratie zur wirtschaftlichen Demokratie unter Gesichtspunkten beleuchtet, die für seinen bürgerlichen Zuhörerkreis durchaus neu waren. Er zeigt darin auf, *«daß die Demokratie eine soziale Voraussetzung hat, aus der sie jedenfalls in der Schweiz entstanden ist und ohne die sie nicht bestehen kann: eine weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit der Masse des Volkes, daß diese Voraussetzung infolge der modernen wirtschaftlichen Umwälzung nicht mehr vorhanden ist, aber wiederhergestellt werden muß»*.

«Ich möchte daran erinnern, daß nicht abstrakte Vorzüge und persönliche Liebhabereien allein über Werden, Sein und Vergehen der Demokratie und anderer Regierungsformen entscheiden, sondern daß es auch und vor allem von sozialen und kulturellen Faktoren abhängt, ob Demokratie entstehen und lebensfähig bleiben kann.» «Der Kampf darum, ob in unserem Lande der freie Vollbürger oder der hörige Unfreie den Kern des Volkes bilden soll, ist im Gange, der Kampf darum, ob unsere Demokratie ein bloßer ehrwürdiger Zopf oder eine lebendige Wahrheit bleiben soll. Die Tatsache, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft im siegreichen Widerstreit mit dem sonst überall sich durchsetzenden fürstlichen Absolutismus entstanden ist, gibt uns den Mut, auch heute an die erfolgreiche Abwehr der Gefahren zu glauben, die unsere Demokratie bedrohen. Unser Volk mit seiner großen Zahl freier Bauern und Kleinbürger, mit dem trotzigem Unabhängigkeitssinn, der auch noch im Herzen manches äußerlich abhängigen Mannes lebendig ist, wird sich aufraffen und sein Haus so ordnen, daß niemand vogelfrei und niemand hörig werden kann.» *«Sicherung der wirtschaftlichen Existenz aller Bürger, das ist die unerläßliche Grundlage für die Erhaltung und das befriedigende Funktionieren der Demokratie. Denn nur ein in*

seinem wirtschaftlichen Dasein einigermaßen gesicherter Bürger bringt die Anteilnahme am Wohl des Ganzen auf, die nun einmal die Voraussetzung aller Volksherrschaft bildet.» «Eine weitere Aufgabe liegt in der sogenannten wirtschaftlichen Demokratie. Auf die Dauer läßt sich der Gegensatz zwischen politischer Demokratie und wirtschaftlichem Absolutismus nicht niederhalten: *entweder greift der Absolutismus auch auf die Politik über oder es gelingt der Demokratie, ihn auf dem Gebiete der Wirtschaft zu bändigen.*» «Wieder einmal steht die Menschheit am Scheidewege zwischen Demokratie und Absolutismus. Werden die demokratischen Kräfte, welche infolge des Ausganges des Weltkrieges obenauf zu schwingen scheinen, sich behaupten können oder wird die freiheitliche Entwicklung der letzten hundert Jahre durch den politischen und wirtschaftlichen Absolutismus rückgängig gemacht werden? *Entweder gelingt es, die Proletarisierung unseres Volkes aufzuhalten durch eine weitblickende Sozial- und Erziehungspolitik oder unser Staatswesen wird unter Wahrung der äußeren Formen der Demokratie so lange weitervegetieren, bis es einem Ansturm von außen oder inneren Wirren erliegt.*»

Es hieße reaktionären Utopien nachhängen, wollte man die Erhaltung und Errettung der Demokratie erwarten von der Erhaltung des wirtschaftlichen Kleinbürgers in Landwirtschaft und Kleingewerbe. Da diese Wirtschaftsschichten seit langem nicht mehr die Mehrheit unseres Volkes repräsentieren, müßte die Demokratie bereits verloren sein, wären nicht neben ihnen neue Klassen entstanden wie das moderne Industrieproletariat, das die Demokratie nicht bloß erhalten, sondern zur sozialen Demokratie weiterentwickeln will, und in dieser Weiterentwicklung die einzige Sicherung der Demokratie erblickt.

Aehnliche Gedankengänge hat in den «Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur» der zürcherische Oberrichter Dr. *Bertheau* entwickelt. *Bertheau* stellt fest, daß sich im Verlaufe der drei letzten Jahrzehnte in der sozialen Struktur des Schweizervolkes wichtige Aenderungen vollzogen haben. In seiner Untersuchung über die der politischen Demokratie in der Schweiz noch innewohnenden lebendigen Kräfte kommt er zu dem Ergebnis, daß zwar diese Demokratie noch unbestritten Geltung habe, daß sie aber konservativ geworden und ihre produktive Kraft im Erlöschen sei! Ich zitiere *Bertheau* trotz seines im höchsten Maße abschätzigen und ungerechten Urteils über die sozialistische Arbeiterbewegung:

«Die Frage ist nun die: Wie wird sich *die* Entwicklung gestalten, die nicht still steht, wohin werden nun die immanenten Kräfte führen? Dies hängt nicht oder nur zum kleinsten Teile von uns ab, hier sind wir lediglich Teil, der an der gesamten Entwicklung, besonders der europäischen Menschheit par-

tizipiert, und die Aufgabe wird bloß — sie ist aber bedeutend genug und wird alle unsere Kräfte beanspruchen — die sein, die allgemeine Entwicklung unseren besonderen Traditionen und Anschauungen anzupassen. Von den inneren Kräften unserer Zeit tendieren aber die einen zur Demokratie, die andern zur Aristokratie; *da nun die rein formale Demokratie sich erschöpft hat oder doch zu erschöpfen beginnt, so kann die Demokratie zu neuem Leben nur dadurch gebracht werden, daß sie den weiteren Schritt der Demokratisierung des Substrates, der Wirtschaft, unternimmt und sich nach der Richtung des Sozialismus im allgemeinsten Sinne des Wortes entwickelt*, was ihr bei dem völligen moralischen und geistigen Versagen der gegenwärtigen sozialistischen Parteien in allen Ländern zurzeit sehr schwer fällt. Zieht sie aber, früher oder später, diese Konsequenz nicht, so steht sie in der Gefahr, von den ihr feindlichen Kräften als Deckmantel benützt zu werden, d. h. sie bleibt in ihrer Form bestehen, wird aber überholt, ausgehöhlt und innerlich verändert, *so daß schließlich die Demokratie bloß noch die Maske ist*, hinter der sich das neue Wesen versteckt und auf den Zeitpunkt wartet, wo auch die Maske abgeworfen werden kann. *Derartige, auf die Begründung einer neuen aristokratischen Aera gerichtete Tendenzen sind auch in der Schweiz deutlich zu spüren*; wir haben nicht die Absicht, uns darüber näher auszulassen und erwähnen bloß, *daß jede Aristokratie auf dem Besitz beruht, der die Macht verleiht, auch die Macht über die öffentliche Meinung und die Stimmberechtigten...* In der Schweiz haben zufolge der industriellen Entwicklung im Laufe der Zeit *neugeartete Besitzanhäufungen* stattgefunden, der Krieg hat die Besitzverhältnisse durch die Kriegsgewinne verändert im Sinne der *stärkeren Anhäufung in den Händen weniger, und die Revolution oder die Angst davor haben den Besitz, alten und neuen, großen und kleinen, zusammengeführt und vereinigt, natürlich unter der Führung des großen Besitzes alter und neuer Herkunft*. Hier treffen sich nun innere und äußere Politik der Schweiz. *Der Besitz verlangt nach Ruhe und Schutz vor dem Umsturz und sucht daher die Anlehnung an die verwandten Elemente im Ausland...* Werden aber die Ereignisse im größeren historischen Zusammenhang betrachtet, so will es uns scheinen, die gegenwärtige, unter der Herrschaft des *contrarius actus* stehende politische Konstellation, die innere wie die außenpolitische, leite nicht eine Zeit der freien und freiheitlichen Entwicklung ein.»

Leider werden die Ausführungen Dr. Bertheaus stark beeinträchtigt durch seine bekannte Einseitigkeit. Sein unglaublich fanatischer Franzosenhaß — er ist in diesem Stück der Gegenspieler gewisser ebenso einseitiger westschweizerischer

Deutschenhasser — läßt ihn völlig verkennen, daß in Deutschland wie in Frankreich die demokratischen und die antidemokratischen Kräfte gegeneinander im Kampfe stehen und daß die Gefahren, die der Demokratie in Deutschland drohen, kaum geringer sind als die in Frankreich. Nichtsdestoweniger hat Dr. Bertheau die antidemokratischen politischen Tendenzen des Kapitalismus durchaus richtig gekennzeichnet.

Aehnlich wie Bertheau, hat der Schriftsteller *Jakob Schaffner* (in der «Nationalzeitung», zu Anfang Oktober 1928) die antidemokratischen Emanationen des Kapitalismus gewertet:

«Es gibt reine Demokratien und es gibt verunreinigte. Irgendwie sind diese Demokratien alle mit Kapitalismus durchsetzt. Der Vorwurf, daß der Völkerbund die große vorgeschobene Festung des Hochkapitalismus sei, ist bis jetzt nicht schlagend widerlegt worden. Und so ist auch der Verdacht nicht zu entkräften, daß die mehr oder weniger kapitalistisch organisierten kleinen Demokratien der Erhaltung der kapitalistischen — und bürgerlichen (bourgeois) — Einrichtungen eine größere Wichtigkeit beimessen als der rücksichtslosen Entwicklung von Demokratie (die nicht unbedingt «bourgeois» sein muß). An der letzteren, besonders der schweizerischen Tradition entsprechenden, Tätigkeit fühlt sich die Welt heute geniert durch die große Nähe des Bolschewismus, mit welchem man strichweise sich immerhin berühren müßte, sollte die alte schöne Gewohnheit, Potentaten und Gewaltsausüßer zu bekriegen, fortgesetzt werden. *Man opfert also Stück um Stück die Demokratie, um den Kapitalismus zu retten, d. i.: das auf Geld gegründete Bürgertum, die Bourgeoisie.* Daß nicht eine der kleinen Demokratien bei diesem Streben noch eine Führerrolle spielt, ist wenigstens *eine* Beruhigung. *Aber beim Totschlagen von Volksfeinden, und das ist doch wieder unwidersprechlich, hatte die alte Eidgenossenschaft die röttesten Wangen und die hellsten Blicke.»*

Jakob Schaffner führt des weitern aus, daß die heutigen Staaten (Kleinstaatn wie die Schweiz oder Holland inbegriffen) «*im kritischen Fall eher die Demokratie als den Kapitalismus drangäben*»: «Nirgends, das wissen alle, die etwas vom Ausland erlebt haben, löst der bloße Geldbesitz eine solche geradezu automatische Hochachtung aus wie in Ländern gleich der Schweiz oder Holland. Nirgends ist die Bürgerschaft so gewillt, derartigen als besonders nützlich und wertvoll betrachteten Persönlichkeiten öffentlichen Einfluß zuzugestehen . . . *Ich will den gemeinfreien Menschen im Mitbesitz aller nationalen Güter vom Boden an bis zur geistigen Kultur seines Volkes.»*

Ich möchte diese Dokumentierung beenden mit einer dieser Betrachtungsweise sich anschließenden Ansichtsäußerung aus

der Landwirtschaft, aus der ja Professor Laur von alters her den Kapitalismus gerne mit Vetterligewehren und Dreschflegeln bedroht hat — um sich mit ihm aufs angenehmste zu verständigen, sobald die Drohung gewirkt hatte. Diese Sprunghaftigkeit und eine gewisse wetterwendische Forschheit gehört noch heute zu den Requisiten Laurscher Politik. Dabei hat er es stets vermieden, sich mit dem Kapitalismus grundsätzlich auseinanderzusetzen. Um so mehr darf daher die folgende Verlautbarung der bauernparteilichen «Neuen Berner Zeitung» (vom 21. September 1928) unser Interesse beanspruchen:

«Die schweizerische Demokratie ist eine Erscheinung von eigener Art; ihre geschichtliche Entwicklung umfaßt Jahrhunderte, und ihre Verfassung setzt das Volk zum obersten Herrscher ein in einem Umfange, wie kein anderer, auch kein anderer demokratischer Staat. So ist die Schweiz in ihrem rechtlichen Aufbau ein Volksstaat im wahren Sinne des Wortes. Wir sagen: in ihrem rechtlichen Aufbau, und fragen: *ist sie es auch in der Wirklichkeit?*»

Die Frage muß heute erlaubt sein, auch wenn sie da und dort weh tun sollte. Denn die Tatsache steht fest: von der Krise der Demokratie ist auch die Schweiz, die älteste, oft als Vorbild für andere Völker gepriesene Demokratie nicht verschont geblieben. Dabei sind zwei Dinge wohl auseinanderzuhalten. Die demokratische Staatsform schweizerischer Prägung stellt so hohe Anforderungen an den einzelnen Bürger und Menschen, daß sie schon durch die naturgegebene menschliche Unvollkommenheit eigentlich stets in einer «Krise» steckt. Doch darum kann es sich heute nicht handeln. Denn gewisse Erscheinungen deuten darauf hin, *daß der demokratische Staat nach bestimmten Richtungen heute nicht mehr richtig oder noch nicht richtig funktioniert.* Und da wird man vielleicht eine interessante Wahrnehmung machen, welche gleichzeitig auch die Krise der schweizerischen Demokratie erklärt: *die schweizerische Demokratie ist wohl dem Namen und ihrem rechtlichen Aufbau nach ein Volksstaat; sie ist es aber heute in mancher Beziehung nicht in der Wirklichkeit.*

Geht diese Feststellung zu weit? Ist sie ungerecht, läßt sie die Pietät und Dankbarkeit gegenüber alledem vermessen, was vorangegangene Geschlechter geleistet? Keineswegs. Sie stellt einfach eine Tatsache fest und erfaßt den gegenwärtigen Stand einer Entwicklung. ... Wo liegen denn heute die Lücken und Mängel in der schweizerischen Demokratie? Liegen sie darin, daß praktisch nicht das «Volk», sondern die Partei die politische Führung besitzt? Man hat dies schon hin und wieder behauptet. Die Behauptung geht jedoch neben der Sache vorbei. *Nicht die Parteien schaffen die Gegensätze im Volk; die Gegensätze sind da ohne die Parteien; sie bestanden vor den Parteien.* Die Par-

teien sind nur der sichtbare, politische Ausdruck für diese Gegensätze; sie sind nichts anderes als der lebendige und handgreifliche Beweis, daß sich nie und nimmer alle Meinungen unter einen Hut bringen lassen. Aber noch mehr als das: die Parteien sind auch notwendig; sie bieten die einzige Möglichkeit, um im Volk überhaupt einen politischen Willen herauszubilden. Denn was wäre das «Volk» ohne die Parteien? Es wäre eine formlose, führerlose, politisch handlungsunfähige Masse. Wer mit der Kritik am «Parteiwesen» die Krise der Demokratie erklären will, erfaßt demnach den Kern der Sacht nicht.

Der Kern der Sache liegt anderswo. Die Staatsform der Demokratie ist heute zu einem stattlichen Gebäude ausgebaut, gewiß. Man hat Schranken niedergerissen, Vorrechte der Geburt und des Standes beseitigt, hat an Stelle mannigfacher Unfreiheiten die Freiheit gesetzt. So proklamiert die Verfassung heute die Freiheit des Glaubens und des Gewissens, die Freiheit der Presse und andere Freiheiten mehr. *Und doch fehlt der demokratischen Staatsform heute in mancher Beziehung der demokratische Staatsinhalt. Denn auf wirtschaftlichem Gebiet hat man allzulange die «Freiheit» mit der Anarchie verwechselt und das vielgerühmte, durch kein Verantwortungsgefühl beschwerte «freie Spiel der Kräfte» zum brutalen Faustrecht des wirtschaftlich Stärkern werden lassen.* Die Folgen blieben nicht aus. *Die formale, rechtliche Demokratie wird wirtschaftlich in ihr Gegenteil verkehrt und die politische Freiheit bewahrt je länger, je weniger vor der wirtschaftlichen Knechtschaft. So wird die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, mehr und mehr verfälscht, gefährdet und unterwühlt . . .*

So liegen die Dinge; man muß den Mut haben, sie beim rechten Namen zu nennen. *Wird es der schweizerischen Demokratie gelingen, der politischen Gleichberechtigung die wirtschaftliche Gerechtigkeit an die Seite zu stellen, wird sie den Grundsatz durchsetzen und verwirklichen können, daß jede ehrliche Arbeit ihres Lohnes wert ist und daß sie diesen Lohn auch erhält? Das ist heute die Frage für den Volksstaat, eine Lebensfrage im wahren Sinne des Wortes. Die Antwort auf diese Frage macht unser Schicksal aus.»*

* * *

Es wäre ein leichtes, aus der politischen Publizistik unserer Tage ähnliche Zeugnisse wie die hier wiedergegebenen in größerer Zahl zu nennen. Ich unterlasse es, weil es sich mir nicht darum handelt, derartige Gedankengänge und Unterströmungen im bürgerlichen Lager in ihrer gesamten Dokumentierung wiederzugeben. Es liegt mir lediglich daran, das Vorhandensein solcher ketzerischer Anschauungen in Kreisen

nachzuweisen, die als gut bürgerlich gelten und es sogar sind. Aber sie offenbaren doch *den klaffenden Zwiespalt, der durchs bürgerliche Lager geht* und sich früher oder später, möglicherweise auch nur zeitweilig, zu neuen Gruppierungen erweitern und der Arbeiterklasse in ihrem Kampf um die Erfüllung, um die Verwirklichung der wahren Demokratie Sukkurs an die Seite bringen muß.

Die Arbeiterklasse wird freilich gut tun, diese Sukkursmöglichkeiten nicht zu überschätzen und vor allem auf ihre eigenen Klassenorganisationen abzustellen. Nichtsdestoweniger hielt ich es der Mühe wert, einmal von der Tatsache Notiz zu nehmen, daß heute auch Kreise außerhalb der sozialistischen Bewegung anfangen, sich Rechenschaft zu geben über die Unzulänglichkeit und Unfertigkeit jener formalen Demokratie, welche die Vorfahren uns geschaffen und hinterlassen haben, und sich dessen bewußt werden, daß wir ihr Schöpferwerk in ihrem Sinne vollenden und sichern können einzig durch die Verwirklichung der sozialen Demokratie, dieser großen Aufgabe unserer und der nächsten Generation.

Oswald Spengler hat die Bourgeoisie erfüllt mit düsterer Untergangs-Melancholie und ihr gleichzeitig jenen Verzweiflungswillen zur Abwehr suggeriert, dem jedes Mittel recht ist und der mit seinem ganzen und besonderen Haß die Demokratie beehrt, weil er in ihr die eigentliche Gefahr erblickt. Mussolini hat gezeigt, «wie es gemacht wird». Aber es besteht in kapitalistischen Kreisen kein rechtes Vertrauen in die dauernde Wirkung solcher Methoden. «Die strengen Herren sind's, die kurz regieren.» Andererseits haben die Verhandlungen des Fünften Deutschen Soziologentages (Wien 1926) über die heutigen Probleme der Demokratie das Bild babylonischer Sprachenverwirrung geboten. Diese ganze Situation gibt uns einen Begriff von der Größe der Probleme, um die es sich handelt, und den Ausmaßen der kommenden Kämpfe.

Mögen wir Sozialisten über den reaktionären, den antidemokratischen Mächten, welche in der Schweiz wie anderswo die Demokratie bedrohen, um den Sozialismus zu treffen, auch jene Kräfte nicht übersehen, die selbst außerhalb der Arbeiterbewegung am Werke sind, die Demokratie zu retten und zu sichern durch ihre Weiterentwicklung zur Wirtschaftsdemokratie, zur sozialen Demokratie, zum demokratischen Sozialismus.